

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. <sup>15</sup>/<sub>15</sub> Anwärter Nr 453

MITWOCHE, 21. SEPTEMBER 1932

MORGEN-AUSGABE

## Deutschland soll mitarbeiten

### Weltbemühungen um Rettung der Abrüstungs-Konferenz

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WASHINGTON, 20. SEPTEMBER

Präsident Hoover erklärte heute:

„Was Freireisenden aus Paris über die deutsche Gleichberechtigungfrage anlangt, so ist die Haltung der amerikanischen Regierung klar. Die einzige Frage, für die unser Land Interesse hat, ist eine schrittweise Einschränkung der Rüstungen in der ganzen Welt.“

Wir gehören nicht zu den Unterlegenemächten des Versailles-Vertrages und daher auch nicht zu den Partnern der Bestimmungen über die deutsche Rüstungsbeschränkung. Dies ist einzig und allein eine europäische Frage. Die Vereinigten Staaten haben immer erklärt, daß sie in eine Diskussion darüber nicht eingreifen.

Es liegt uns daran, daß Deutschland sich weiterhin an der Abrüstungskonferenz beteiligt, die heute für die ganze Welt so erfolgversprechend ist, und eine Mitwirkung zur Erreichung dieses großen Ziels zur Verfügung stellt.

Hoovers Erklärung wird hier allgemein als Beweis gegen jene französische Propaganda ausgelegt, die behauptet hätte, in Ausfährungen des amerikanischen Vorkämpfers Edge Beweise dafür erbringen zu können, daß Amerika Frankreichs Sicherheit oder gar Unantastbarkeit des Versailles-Vertrages garantieren wolle. Diese Schlußfolgerungen, die die französische Öffentlichkeit hauptsächlich aus den Ausproben des Senators Reed und des Vorkämpfers Edge mit französischen Staatsmännern gezogen hat, haben im Weissen Haus offensichtlich verstimmt.

## „Anpassung des Hooverplans“

PARIS, 20. SEPTEMBER

„Journal des Débats“ schrieb über das Fränkische, das Herriot für Senator Reed und Vorkämpfer Edge gab, die Staatsmänner

bätten sich hauptsächlich mit dem deutschen Schritt, der französischen Antwort und der seitigen Prüfung zur Gleichberechtigung befähigt. Mit mehr als der Justizfrage erregte der „konstruktive“ Teil der Londoner Erklärung in hohem Maße die Aufmerksamkeit der Washingtoner Regierung. Amerika beschichtigte, laut Informationen des Blattes, die Hoover-Verträge in ein Wortamen nach Art des Londoner Planes einzubauen. Aus diesem Grunde seien Veränderungen am Abrüstungsplan des amerikanischen Präsidenten nicht ausgeschlossen. Zum Verlauf des Gesprächs hätten sie auseinanderzusetzen, in welchen Punkten sich der Hoover-Plan nach amerikanischer Auffassung abändern lasse, um ihn den französischen und den englischen Gesichtspunkten anzupassen. Um die Verhandlungen nicht zu stören, werde man im Rahmen der Genfer Arbeiten vermutlich zunächst eine gewisse Zurückhaltung üben. Das Büro werde sich damit begnügen, den Zeitpunkt des Zusammentritts des Hauptauschusses festzusetzen und das Programm zu entwerfen.

## Italienisch-englische Vermittlung?

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 20. SEPTEMBER

In hiesigen politischen Kreisen hat man den Eindruck, als ob die englischen und italienischen Diplomaten gemeinsam mit Souffiant daran arbeiten, einen Ausweg zu finden, um Deutschland an den Genfer Beratungen zurückzuführen. Man spricht davon, daß dies eventuell durch einen gemeinsamen italienisch-englischen Schritt in Berlin geschehen sollte, dessen moralische Zugewichte allein als Druckmittel ausreichen könnten. Darauf es ankommt, schreibt heute auch der stets gut informierte diplomatische Mitarbeiter der „Stampa“, ist die Zustimmung Deutschlands zu einer Konvention zu erhalten, die alle Rüstungen auf ein Minimum herabdrücken würde. Man darf jedenfalls mit Sicherheit annehmen, daß Italien kein Mittel verweigern lassen wird, die geschehene Lage irgendeine zu beseitigen.

## Landtag unter Druck

### Papen verlangt die Zurücknahme des Beamten-Beschlusses

Wor der Plenarsitzung des Preussischen Landtags, der heute wieder zusammentritt, wird sich, wie üblich, der Verlestenvernehmen. Er wird sich aber weniger mit dem Arbeitsplan zu beschäftigen, sondern Mittel und Wege zu suchen haben, um den in der letzten Landtagssitzung gefassten Beschluß wieder aus der Welt zu schaffen, der Gegenstand der Aussprache des Landtagspräsidenten mit dem Reichspräsidenten und dem Reichsanwalt gewesen ist und jetzt zu einem ersten Konflikt zu führen droht.

Nach diesen Beschluß sollten die preussischen Beamten nicht verpflichtet sein, den Änderungen der kommissarischen Regierung Folge zu leisten. Durch ein parlamentarisches Büro läßt eine „sonst gut unterrichtete Stelle“, hinter der man wohl den Reichskommissar oder seinen Stellvertreter vermuten kann, darauf hinwirken, daß der jüngste Konflikt, der zwischen dem Landtag und der kommissarischen Staatsregierung entstanden ist, zu Konsequenzen führen könne, deren volle Tragweite sich im Augenblick höchstens andeuten lasse.“ Es wird hervorgerufen, daß die Tatsache, daß eine Landtagsmehrheit jenen Beschluß gefaßt konnte, der höchste Schlag ist, der der Staatsautorität je von einem Parlament zugefügt wurde.

Die kommissarische Regierung halte an ihrem Standpunkt fest, daß sie in Beschluß dieses Landtages nicht gebunden sei, weil sie die Mandat vom Reichspräsidenten besitzt. „Es lasse sich aber nicht verkennen, daß durch den Reichspräsidenten gewisse Unklarheiten und Irrtümer in die Bevölkerung gebracht wurde. Wenn der Landtag aber auch noch in die außerordentlichen Organe des Staates, in die Behörden mit Beschluß einbringe, die den notwendigen reibungslosen Verlauf der Staatsverwaltung gefährden.“

Wenn habe er großen jede Rechtsüberschreitung verurteilt. Der Reichskommissar solle den Beschluß des Landtags gegen die Gesetzesamplitude der Staatsbeamten und Angestellten ganz außergerichtlich erntt auf.“

Diese Verlautbarung läßt daran schließen, daß die kommissarische preussische Regierung entschlossen ist, den Landtag einem sehr harten Druck auszuüben, um ihn zur Zurücknahme seines Beschlusses zu veranlassen. Es ist darum verhältnißmäßig, daß in der Öffentlichkeit von der Möglichkeit einer Votungsausschließung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten gesprochen worden ist. Doch der preussische Verfassung kann eine Landtagsauflösung nur von dem Landtag selbst aber von dem Reichspräsidenten, bestehend aus dem Landtagspräsidenten, dem Präsidenten des Staatsrats und dem Ministerpräsidenten beschließen werden. Eine Sonderbehörde für eine Auflösung durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten ist nicht gegeben. In unterrichteten Kreisen wird es daher eher für möglich gehalten, daß der Landtag nach einer kurzen Sitzung auseinandergehen und nicht sobald wieder zusammenzutreten wird.

Wang unabhängig von diesen weiteren Möglichkeiten wird der Landtag unabhängig zunächst einmal versuchen, dem Wunsch der kommissarischen preussischen Regierung Rechnung zu tragen. Die Ausgehungen des Landtagspräsidenten bei dem Empfang durch den Reichspräsidenten scheinen bei der Regierung den Eindruck erweckt zu haben, daß die Regierung zu einer Zurücknahme des beanstandeten Landtagsbeschlusses bereit ist. Diese Zurücknahme könnte nur durch einen neuen Beschluß des Landtags erfolgen. Der alte Beschluß ist auf einer Mehrheit aus Nationalsozialisten und Kommunisten gefaßt worden. Die Nationalsozialisten als zum mindesten müßten sich zu einer Änderung ihrer ursprünglichen Stellungnahme bereitfinden. Es ist noch nicht zu übersehen, auf welche Weise der neue Beschluß aufzubringen lassen soll.

## Geist in der Krise

Von DR. KARL SCHMEING

Es hat sich für Athen gelohnt, ein freihändlerischer Staat zu sein.

Die Krise, Agent aller Regierungen, hat die öffentliche Diskussion fast ganz auf die wirtschaftlichen und politischen Forderungen abgezogen. Auf diesen Gebieten ist sogar eine gewisse geistige Infektion entstanden, die sich in zahllosen Konferenzen, Debatten, Programmen und Preisverleihen äußert. Hier liegt sicherlich eine große Verleugung vor, auch wenn die bisher noch kein entscheidender Erfolg beschieden war. Es ist, als Ganzes gesehen, ein grandioses Ringen, ein Kampf des Geistes gegen den lediglich-wirtschaftlichen Dämon, der aus seiner dienenden Stellung ausgetreten ist und nun

## Max Slevogt †

Gestern nachmittag um halb 3 Uhr ist Professor Max Slevogt, der große deutsche Maler, auf seinem Landgut Neuenfeld bei Bandau in der Wälder im 64. Lebensjahr gestorben. Ein Herzleiden, das ihn fast langen Jahren quälte, das jedoch vor seiner letzten Arbeitserende immer wieder zurückgeworfen schien, hatte ihn vor einigen Tagen niedergeworfen, legte ihm schweren Anfall und unter betrüblichen Umständen eine Lungenembolie folgte seinen das Ende herbei. Slevogt starb, umgeben von seiner Familie, seiner Gattin und seinen beiden Kindern, und betruet von seinem langjährigen Arzt und Freund Professor Pfaff, der aus Berlin aus Krankewagen gefuhr war.

(Eine Würdigung von Max Slevogts Persönlichkeit findet der Leser auf der dritten Seite dieses Blattes.)

gegen seinen Herrn und Schöpfer Amot kauft. Unsere geistige Kultur hat verürrnt, sich die Feindt und Wirkkraft zu assimilieren; sie muß es nachholen. Außerhalb des Felbes von Politik und Wirtschaft haben gewisse Werte heute nur noch in der Kunst. Wo so viele darben, wird ein Wort von Arno Holz millionenfach zur Wahrheit:

„Dem Hunger dünkt ein Stücken Butter  
Eshatener als der ganze Faht.“

Wenn es sich um die primäre Notwendigkeit der einfachen Göttern handelt, um ein gelattes Eshatene mit gewisser biologischer Notwendigkeit zurückgebildet. Not ist sehr selten produziert, einfach weil die Kräfte und Kraftreserven fehlen. Es ist ein großer Irrtum, daß ein gutes Licht auch durch den Schmelz brennt. Fast regelmäßig erstickt der Schmelz das Licht und zerstört der Druck eines feindlichen Milieus die geistige Leistungsfähigkeit. Das bedeutet, daß in Notzeiten die Auslese des Geistesigen zurückgeht. Die Plätze am Tische des Lebens werden seltener; Staat und Gesellschaft streben ihre schließliche Sand von der aufstrebenden geistigen Jugend; die von der Not erzwungene Rationalisierung des Schulwesens und der Wissenschaft trifft mehr die Quantität als die Quantität. Das alles sind negative, rückläufige Prozesse innerhalb der geistigen Volkswirtschaft.

Gefahrhaft ist auch die geistige Sättigung des Volkes, seine innere Autonomie. Welche Kräfte fließen in Mollit und Materialismus. Aber ein Korn ist bedeutendster stabil. Große Volksmoralen, die das Schicksal der Krise schwer tragen, machen sich doch die bequommene reale Lieberzeugung, daß ein ruhiges Abklingen der ärmern Zeit auf die Dauer besser ist als die Unruhe der Zeit in der die Mobilität der modernen nicht viel Aufhebens davon, aber sie müssen auf das Gefühl bestehen, daß ihre hochstap nationale Haltung nicht durch den Eigenwitz Einzelner ausgenutzt wird. Sozialrealisten denken gegen das soziale Gerechtigkeitsempfinden des Volkes können sich für die Angehenden bitter rächen.

Zweifellos besteht ein starkes ethisches Fundament im deutschen Volk, aber Not und politische Verleugung nagen daran. Man vergleicht die Gegenwart oft mit der Zeit der Weimarerzeiten. Aber es besteht, neben manchen Parallelen, ein entscheidender Unterschied. Es ist kein äußerer Feind aus dem Lande zu verdrängen, sondern der aktive Kampf tobt zwischen den eigenen Volksgenossen. Die Wähtung der Welt gegen die, selbst im Kriege noch blieb, geht verloren; Persönlichkeit und Sachlichkeit rangieren vielfach hinter dem politischen Ziel; soziales Gemeininteressegefühl, deutsches Ge-